

Arbeitsblatt des Stadtvereins Bocholt
 Am 1. März 1927
 Am 1. März 1927
 Am 1. März 1927

Volksblatt

Geleitwort
 Bocholt, Melburg, 8. März 1927.
 Herausgeber: J. H. H. H.
 Verleger: J. H. H. H.
 Druck: J. H. H. H.

Nummer 67

Mittwoch, den 9. März

Jahrgang 1927

Das Zentrum und der Mittelstand.

Der Mittelstand erfreut sich zur Zeit einer besonderen Aufmerksamkeit seitens der politischen Parteien. Ihn haben gewisse Erscheinungen der Nachkriegszeit besonders in wirtschaftlicher Hinsicht gezogen, und mit deren Abbau ist man nunmehr beschäftigt. Wir denken hierbei vor allem auch an die Beseitigung der Zwangs- und Wirtschaft für gewerbliche Räume. Hinsichtlich kommt, daß sich gewisse Kreise des Mittelstandes zu einer sog. Wirtschaftspartei zusammengeschlossen haben, die ihrerseits wieder ihre Notwendigkeit zu beweisen sucht, indem sie in den Parlamenten und in der Agitation eine Tätigkeit entfaltet, die mehr in die Breite als in die Tiefe geht.

Es ist daher sehr begrüßenswert, daß die Deutsche Zentrumspartei aus ihrerseits in kürzester Zeit zu Mittelstandsfragen sich besonders äußern will. Es geschieht dies bekanntlich auf einer Tagung, die in Berlin stattfindet und auf der hervorragende Führer des deutschen Mittelstandes aus dem parlamentarischen und praktischen Leben zu brennenden Fragen Stellung nehmen werden.

Die Zeit ist noch nicht lange vorüber, daß die Zentrumspartei aus manchen Mittelstandskreisen besonders hart und oft sehr wenig vornehm behandelt worden ist. Man hat ihr teilweise zur Last gelegt, was nichts anderes als eine Folge des Krieges war und man hatte für die volkswirtschaftliche und ausgleichende Einstellung des Zentrums nicht das mindeste Verständnis. Und doch sind alle großen Maßnahmen, die der Mittelstand seit Jahren wünscht, unter der tätigen Anteilnahme des Zentrums teils mit der Linken, teils mit der Rechten durchgeführt worden. Ohne das Zentrum und seine parlamentarische Arbeit würde das alles nicht möglich gewesen sein. Der letzte Rest, die Wohnungswirtschaft, wird ebenfalls unter Anteilnahme des Zentrums fallen, wenn die Zeit dafür reif ist.

Zu den Kreisen des Mittelstandes hat man sicher Verständnis für die entschlossene und unbedingte Haltung der Partei in der Frage der Freigabe der gewerblichen Räume. Es ist heute ein offenes Geheimnis, daß es das Zentrum gewesen ist, das durch seine unerbittliche Haltung die Verordnung vom 11. November, die eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit war, gescheitert hat, daß es ein Zentrum war, das es war, der sie einbrachte und den Mut hatte, sie zu verteidigen. Die Partei hat ihr Wort, das sie dem Mittelstand gegeben hat, eingelöst. Aber sie hat sich auch bei dieser Gelegenheit wieder als echte Volkspartei bewährt, indem sie alle Maßnahmen traf oder unterstützte, die geeignet waren, Schwierigkeiten, die mit jeder Neuordnung verbunden sind, möglichst auszuräumen und Härten abzumildern.

Warum wir das erwähnen? Weil es nicht die Art der Zentrumspolitik ist, sich ihrer Leistungen besonders zu rühmen, vielmehr still und ohne viel Aufhebens Politik zu machen und für alle Schichten des deutschen Volkes ausgleichend zu sorgen und alles zu tun, um normalen Wirtschaftsverhältnissen, die allen zugute kommen werden, die Bahn frei zu machen. Manche haben uns im Laufe der Jahre nach der Revolution verlassen, gerade auch aus dem Mittelstand; sie wurden teilweise irre an einer Politik, die doch nur die Folgen aus einer Katastrophe jagt, für die die Partei nicht konnte. Heute wagt auch in den Kreisen des Mittelstandes wieder das Verständnis für diese Politik, die, wie die Ereignisse beweisen haben, niemals mittelstandsfeindlich eingestellt war, die allerdings alle einseitige Standespolitik ablehnte und nur volkswirtschaftlich und staatspolitisch dachte, damit aber dem Mittelstand indirekt viel mehr genützt hat, als manche Schreier und Verschwörer, die längst wieder verschwunden sind, ohne daß sie Besserung gebracht haben.

Gerade die kommende Mittelstandsversammlung des Zentrums gibt Gelegenheit, über all diese Dinge zu sprechen. Nicht an die Erregten und Verheßten wendet sich die Partei, nicht an die Phantasten, die noch immer glauben, mit einer Standespartei eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen; solche Überlassen wir der Entwicklung, die sie verschlingen wird. Aber wohl an die Männer und Frauen aus dem Mittelstand wenden wir uns, die zu sehen vermögen und die nicht aufgehört haben, sachlich zu urteilen. Die Taten des deutschen Zentrums liegen vor ihnen; es sind wirkliche Taten! In ihrer ganzen Bedeutung werden sie erst klar, wenn man die Umstände bedenkt, unter denen sie geschehen sind. Langsam und Schritt um Schritt ist es gelungen, wieder gesunden volkswirtschaftlichen Boden zu gewinnen und damit wieder die Reime für einen gesunden Mittelstand zu legen!

Noch freilich ist viel zu tun; es ist erst im Anfang gemacht, aber ein vorbrechender. Noch lauten schwere Reiten und Probleme auf dem Mittelstand, aber wenn er sie in demselben Geiste ansieht, wie es das Zentrum ihn gelehrt hat, dann wird es bestimmt keine Festschläge geben und dann geht auch hier der Weg langsam und stetig geradeaus und vorwärts. Nicht der allmählichen Bildung der Reite der Zwangs- wirtschaft sind es vor allem die großen Fragen der neuerlichen Belastung des Mittelstandes, die einer

Im Zeitalter der „Ubrüstung“.

Washingtons Einladung zu einer Dreimächte-Konferenz.

Washington, 8. März. Die Washingtoner Regierung hat jetzt der englischen und der japanischen Regierung die Einladung zu einer Dreimächte-Konferenz zur Besprechung der Seetrüstungsfrage zugesandt. Die Konferenz soll nach dem 1. Juni in Genf stattfinden. — Nach einer Erklärung des Weißen Hauses hat die amerikanische Regierung vor der Einladung in London und Tokio Informationen darüber eingeholt lassen, wie sich England und Japan zu einer Dreimächte-Konferenz stellen würden. Die Antworten sollen zu einiger Hoffnung wegen des Erfolges der Genfer Zusammenkunft berechtigen. Vom Weißen Hause wurde erneut erklärt, daß Coolidge durch die Stellungnahme Italiens und Frankreichs gegenüber seinem ersten Vorstoß stark enttäuscht sei.

Das englische Seereschiffsbudget vor dem Unterhaus.

London, 7. März. Im Unterhause erklärte der Staatssekretär für den Krieg die Einbringung des Seereschiffsbudgets, das die Veranschlagung einer Verminderung von 4000 Mann vorsieht. In der Rede erklärte er, daß die Ausgaben der Royal Navy besser durch Flugszeuge und Truppen auf Tanks und Panzerwagen ausgeglichen werden könnten, erklärte der Staatssekretär, daß es viele militärische Anlagen gäbe, wo eine mechanisch bewegte Einheit sehr im Vorteil sein würde. Die beste Lösung sei eine Kombination beider. Die nachfolgenden Ausgaben für die neuen mechanischen Fahrzeuge würden ungefähr 230 000 Pfund Sterling betragen. Um praktische Erfahrungen über die Wirkung der Mechanisierung auf die Taktik zu gewinnen, wurde eine Versuchstruppe gebildet, die sich aus völlig mechanisierten Einheiten zusammensetzte.

Im Verlauf der Debatte wurde der von dem Arbeiterpartei-Mitglied Greenwood eingebrachte Antrag, in dem gefordert wird, daß die britische Regierung in der Genfer Kommission für die Verringerung der Abrüstung einen internationalen Ausschuss zur Verringerung der Rüstungsindustrie unterbreite, von dem Unterhaus mit 223 gegen 106 Stimmen abgelehnt. John (Arbeiterpartei) erklärte, daß, als Deutschland die Abrüstung aufzugeben wurde, das Versprechen abgegeben wurde, daß die Alliierten gleichfalls abzurüsten würden. Der Vertreter des Kriegsausschusses erklärte, daß, als auf der Konferenz nicht vertreten ist, ist eine der mächtigsten Nationen der Welt, mit einem Heer von 600 000 Mann und einer organisierten Flotte von nahezu 9 Millionen. Die Mitglieder der Arbeiterpartei sollten versuchen, Rußland zu ihren Aufständen über Abrüstung zu bekehren.

Der französische Mobilisierungsplan angenommen.

Paris, 7. März. Die Kammer nahm heute den Gesetzesentwurf über die Organisation der Nation in Kriegszeiten mit 500 gegen 31 Stimmen an.

vernünftigen Lösung hatten. Es ist erfreulich und vielversprechend, daß die Partei gerade in diesem Augenblick des deutschen Mittelstandes mit besonderer Betonung gebildet und daß sie den Ruf zu staatspolitischer Mitarbeit an den großen volkswirtschaftlichen Problemen des deutschen Mittelstandes so vernünftig erhebt: Die Berliner Tagung muß ein Markstein aufbauender Mittelstandsarbeit sein!

Noch ein Volksbegehren?

Berlin, 8. März. (Eig. Draht.) Volksbegehren und Volksentscheide scheinen seit neuestens als Radikalmittel zur Besserung Gestaltung unserer Lebensbedingungen von weiten Kreisen angesehen zu werden. Wie nämlich ein Berliner Spätabendblatt hört, befaßt sich gegenwärtig die große deutsche Mieterorganisationen damit, die Vorarbeiten zur Durchführung eines Volksbegehrens in die Wege zu leiten. Dem Volksentscheid soll ein Gesetzesentwurf unterbreitet werden, der sich mit Mietwucher und Wohnungsnöten befaßt. Das oben erwähnte Organ ist in der Lage, die wichtigsten Bestimmungen des geplanten Kampfgesetzes gegen Mietswucher und Wohnungsnöten zu veröffentlichen. So sollen nach § 2 die Mieten in bebauten Grundstücken oder Gebäudeteilen bis zum Ablauf des 15. vollen Kalenderjahres nach Inkrafttreten des Gesetzes 100 Prozent der Friedensmiete nicht übersteigen dürfen. Ein weiterer Paragraph verlangt, daß die gerichtliche Aufhebung eines Mietsverhältnisses „auf Antrag des Vermieters“ nur beim Vorliegen eines offenbar böswilligen Verschuldens des Mieters für zulässig erklärt werden darf.

Der gute Wille der Mieterorganisationen sei durch aus nicht in Abrede gestellt. Wir haben jedoch die größten Zweifel, ob auf dem Wege über ein Volksbegehren der schrecklichen Wohnungsnöte abgeholfen werden kann. Unseres Erachtens kann dem Mietswucher nur durch Schaffung möglichst vieler neuer Wohnungen zu

den kommunalen an. Zu § 25 des Gesetzes wurde noch ein Antrag des Abg. Maginot eingebracht, daß sich ein im Felde stehender Abgeordneter durch einen nicht eingezogenen Kollegen vertreten lassen kann. Der letzte Paragraph sieht die Geltung des Gesetzes in den französischen Kolonien vor.

Militarismus in Ostland.

Neval, 7. März. Vom Kriegsministerium ist ein Gesetzesprojekt ausgearbeitet worden, das die militärische Ausbildung der Schuljugend vorzieht.

Das Rüstungsfieber - der anderen.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 8. März. (Eig. Draht.)

Wenn es noch so etwas wie ein Weltbewußtsein gibt, dann müßten doch allmählich die christlichen Politiker aller Länder des gesamten Erdballes gegen den ungeheuerlichen Humberg zu Felde ziehen, den die sogenannten Siegerstaaten in Punkt Abrüstungsfrage treiben. Die deutsche Presse kann nicht oft genug auf den trafen Widerspruch aufmerksam machen, der in dieser Beziehung offen zu Tage tritt. Der Versailler Vertrag, welchen Deutschland buchstabengerecht zu erfüllen gezwungen wird, ist für die übrigen Signatarmächte einfach ein Rechenpapier, sobald es sich darum handelt, eigenen Verpflichtungen nachzukommen. Die englische Arbeiterpartei hat anlässlich der Abrüstungsdebatte im Unterhaus den ersten Schritt aufgebracht, auf die doppelte Moral hinzuweisen, mit welcher hinsichtlich der Bestimmungen des Friedensvertrages zu Werke gegangen wird; es wurde die englische Regierung einbringlich daran erinnert, daß die Alliierten, als Deutschland zur Selbstentwaffnung genötigt worden sei, das Versprechen abgegeben hätten, auch ihrerseits zur Abrüstung zu schreiben. Selbstverständlich laub der Appell der englischen Arbeiterpartei nur taube Ohren.

Was sollen diese Dinge in Frankreich? Vorführt man hier fortwährend das Wort vom Friedenswillen im Munde. Dabei bewilligt aber zur gleichen Zeit das französische Parlament — und zwar mit den Stimmen der Sozialisten! — eine Milliarden Goldmark für neue Festungsbauten. Und dies mit der faulen Begründung, daß es sich dabei lediglich um Verteidigungsmaßnahmen handle. „Verteidigungsmaßnahmen“ gegen das militärisch völlig zu Boden getretene Deutschland! Es ist schwer, seine Satire zu schreiben. Trotz dieser widersprüchlichen Rüstungen, denen das entwaffnete Deutschland als solches wehrlos gegenübersteht, bedenken aber die Franzosen auch weiterhin an den Ufern des Rheins sitzen zu bleiben wegen angeblicher Gefährdung der Sicherheit Frankreichs. Trotz Locarno, trotz Dolm, trotz Genf! Wie lange noch soll Europa diese vom Rüstungsfieber einzelner Staaten erzeugte fidele Luft atmen?

Keine Zurückziehung des Arbeitszeitgesetzes.

Berlin, 8. März. Die Reichsratsausschüsse werden sich morgen vormittag mit der Regierungsvorlage des Arbeitszeitgesetzes beschäftigen. Um 11 Uhr vormittags berät über den gleichen Stoff der interfraktionelle Ausschuss. Damit entfallen die während der letzten Tage aufgetauchten Nachrichten, wonach die Reichsregierung die Absicht haben soll, das Arbeitszeitgesetz wieder aus dem Reichsrat zurückzuziehen. Allerdings wird es nötig sein, den Entwurf einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Dabei werden zweifellos das Zentrum und die in ihm vertretenen Führer der christlichen Gewerkschaften ihre Forderungen anmelden. Die grundsätzliche Einstellung dürfte der Abg. Stegwald in seiner Fuldauer Rede niedergelegt haben.

Die Verbrechungskünste, mit denen auf sozialistischer und demokratischer Seite gearbeitet wird, vermögen an der sachlichen Erleuchtung des Entwurfes nichts zu ändern. Im übrigen können wir auch darauf verweisen, daß es unter den Sozialdemokraten eine nicht unbedeutende Anzahl von einsichtsvollen Wirtschaftspolitikern gibt, die durchaus nicht übereinstimmen mit den radikalen Schreibern, die in einem schematischen Achtstunden-Arbeitstag das Ziel der Zukunft erblicken.

Die Wiederwahl des mecklenburgischen Kabinetts.

Schwerin, 9. März. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten wurde der bisherige Ministerpräsident Schröder (Zsp.) mit 25 Stimmen wiedergewählt gegen 24 Stimmen, die auf den früheren Ministerpräsidenten von Brandenstein entfielen. Für

die Wahl Schröders stimmten die Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten, für die Wahl von Brandenstein die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, Deutschvölkische und die Wirtschaftspartei.

Der bisherige sozialdemokratische Finanzminister Asch wurde in der Stichwahl mit 25 Stimmen wiedergewählt und sodann nach ergebnislos verlaufenen Stichwahl der demokratische Kultusminister Schöler durch das Los zum Minister bestimmt. Somit ist das bisherige sozialdemokratische-demokratische Kabinett Schröder-Asch-Höller wiedergewählt.

Erdbeben und Entlon.

Die Verwüstungen in Japan.

Tokio, 8. März. Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Innern sind infolge des Erdbebens in Ofata und Sakai 40 Personen getötet und 67 verwundet worden. Abgesehen von der völligen Zerstörung von 13 Häusern und weitgehenden Beschädigungen an 32 weiteren Häusern ist der materielle Schaden nicht übermäßig groß. Dagegen soll die Stadt Minamata, 50 Meilen nördlich Ofata, vollständig vernichtet sein.

Von anderer Seite wird uns gemeldet:

Nach Berichten aus Japan zeigt sich, daß der Umfang der neuen Erdbebenkatastrophe weit größer und die angerichteten Schäden weit bedeutender sind, als zunächst angenommen wurde. In Sakai brach eine Spinnerei zusammen und begrub eine große Anzahl von jungen Mädchen unter ihren Trümmern. Neun von ihnen wurden getötet, 25 verwundet. Auch die berühmte Amari-Des-Eisenbahnüberführung ist eingestürzt. In Zentral-Japan wurden unzählige Häuser und Brücken beschädigt. Die Zahl der Toten in Ofata wird auf mindestens 111 geschätzt. Eine große Anzahl von Personen, darunter auch Ausländer wurden verletzt. Zahlreiche Brände sind ausgebrochen, 40 Häuser sind zerstört worden. In anderen Teilen des Erdbebengebietes stehen ganze Städte in Flammen. Mehrere Dörfer sind dem Erdbeben gleich gemacht worden. Rode, wo sich eine bedeutende ausländische Niederlassung befindet, wurde schwer erschüttert und von vielen kleineren Bränden heimgesucht. Die Bevölkerung verließ in wilder Panik die Häuser. Man befürchtet, daß auch in Tokio und in Korea schwere Verluste an Menschenleben zu beklagen sind. Eine in Sonokuni erscheinende Zeitung erhielt aus Tokio einen Drahtbericht, wonach die Stadt Tottori (nordwestlich von Ofata), die eine Bevölkerung von 20 000 Menschen hat, in Brand steht und einer rasenden Hölle gleicht.

London, 8. März. Nach einer drahtlosen Depesche aus Tokio ist ein infolge des Erdbebens in Ofata ausgebrochenes Feuer eingedämmt; dagegen steht die Stadt Sakai mit 32 000 Einwohnern völlig in Flammen.

London, 8. März. „Daily Express“ meldet aus Tokio: Rode und Ofata sind ohne Bedeutung und alle Verbindungen sind unterbrochen, aber die in beiden Städten ausgebrochenen Brände sind eingedämmt. Totsoda, Yamaguchi, Tottori und Nagano wurden schwer beschädigt. Dort dauern die Brände noch fort. In Ofata wurden 11 Personen getötet und 92 verwundet. Der Marinestützpunkt in Maifuru und die Stadt Misaki stehen in Flammen, während die Dörfer Yamada, Kiyahachi und andere zerstört wurden.

4774 Todesopfer.

Nach weiteren Meldungen aus Tokio ist allein in der Provinz Kanto bis jetzt eine Gesamtzahl von 1290 Todesopfern des Erdbebens festgestellt worden. Fünf Städte gelten als vollkommen vernichtet. Der Distrikt von Minama ist am schwersten betroffen worden. Bisher wurden hier über 1000 Tote und nahezu 600 Verletzte gezählt. In der Stadt Zwatato sind 1800 Häuser zusammengefallen und verbrannt. Tsuruta-bare fluteten, die über die Küstengebiete hereinbrachen, vollendeten das Verhängnis des Erdbebens, das noch furchtbarer erscheint als das Erdbeben von 1923.

Tokio, 8. März. Die Gesamtzahl der Opfer des Erdbebens in der Provinz Tanga wird auf über 1000 geschätzt. Aus Flugzeugbeobachtungen ergab sich, daß zwei Drittel der Stadt Mineyama durch Feuer zerstört worden sind.

Neuwort, 8. März. Nach einer Meldung aus Tokio wird dort die Zahl der Todesopfer des Erdbebens offiziell mit 4774 angegeben.

In Heidelberg registriert.

Heidelberg, 7. März. Der Seismograph auf dem Königstuhl registrierte heute vormittag ein sehr heftiges Erdbeben in einer Entfernung von etwa 9000 km. Die ersten Wellen kamen 10.40.5 Uhr, die zweiten 10.50.20 Uhr, die letzten Wellen 11.06.15 Uhr. Das Maximum fiel auf 11.20.17 Uhr. Die Bewegung erfolgte gegen 1 Uhr.

Die Wirbelsturm- und Springflutkatastrophe auf Madagaskar.

Paris, 8. März. Das französische Kolonialministerium hat infolge Unterbrechung der telephonischen Verbindung mit Madagaskar bisher noch keine weiteren Mitteilungen des Generalgouverneurs erhalten. Nach privaten Meldungen sind in Tananarive fast alle Häuser mit Ausnahme des Rathauses, der Post und der Sparkasse vernichtet oder stark beschädigt. Bis

Der wegen Hochverrats verurteilte ehemalige Berliner Polizeipräsident v. Raqow gegen den seine Pensionsansprüche abweisenden Entscheid. des Kammergerichts Revision beim Reichsgericht eingelegt.